



## **2. Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Breitenfelder Straße“ nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

**Abstimmungsergebnis:** 22 Ja-Stimmen  
4 Enthaltungen

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

## **50.**

### **Erweiterung Kindergarten Eschbach: Ausbau der gemeindeeigenen Wohnung zur Krippe**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Auf die Frage von Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, ob eine Schließung der Krippe im Evangelischen Kindergarten Mozartstraße berücksichtigt worden sei, antwortet Brigitte Reichmann, Hauptamt, dass diese nicht berücksichtigt sei; wenn diese Krippe keine neue Bleibe finde, würden 20 Krippenplätze fehlen.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, den Beschlussantrag wie folgt zu ändern: „Der Gemeinderat beschließt, den Ausbau der gemeindeeigenen Wohnung im Gemeindehaus Eschbach zu einer Krippe mit 10 Plätzen durchzuführen. Die Planungen sind im Jahr 2020 aufzunehmen, um im Jahr 2021 die Maßnahme abgeschlossen zu haben.“

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, sieht nach den bisherigen Erläuterungen den Bedarf als gegeben und spricht sich dafür aus.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, spricht sich ebenfalls für den Ausbau zur Krippe aus.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, möchte den für den Ausbau erforderlichen Betrag eher für die Deckung des Bedarfs in Tiengen ausgeben.

Stadtrat Matthias Schupp, CDU-Fraktion, sieht den Bedarf nicht nur für Eschbach, sondern auch für den Stadtteil Waldshut-West und die Ortschaften Oberalpfen und Gaiß-Waldkirch.

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, sieht die Gefahr, dass die Kinder nach Besuch der Krippe in Eschbach auch in der KiTa Eschbach bleiben könnten, was den Bestand anderer Einrichtungen, z.B. Oberalpfen, gefährde.

Nach weiterer Erörterung

### **Beschluss: (Antrag Stadtrat Dr. Studinger)**

Der Gemeinderat beschließt, den Ausbau der gemeindeeigenen Wohnung im Gemeindehaus Eschbach zu einer Krippe mit 10 Plätzen durchzuführen. Die Planungen sind im Jahr 2020 aufzunehmen, um im Jahr 2021 die Maßnahme abgeschlossen zu haben.

**Abstimmungsergebnis:** 23 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

## **51.**

### **Finanzielle Auswirkungen der Corona-Krise: a) Haushaltssperren**

Kämmerer Martin Lauber erläutert die Sitzungsvorlage anhand einer Präsentation.

Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, sieht die Gefahr, dass bei einer Verschiebung der vorgesehenen Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges für die Abteilung Tiengen, der Zuschuss verloren geht. Herr Lauber antwortet hierzu, dass die Stadt lt. Zuwendungsbescheid für die Beschaffung 10 Monate Zeit habe.

Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion, möchte, dass das Radwegenetz ausgebaut werde und vor allem die geplante Rad- und Fußgängerbrücke über die Schlucht beim Schwimmbad Tiengen umgesetzt werde. Thomas Kuhn, Tiefbauamt, antwortet, dass man die Planungskosten von 100.000 € herausgenommen habe, weil sich die Umsetzung verzögern könne.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, meint, dass man sich auch über die mittelfristige Finanzplanung Gedanken machen und eine Prioritätenliste aufstellen müsse. Er schlägt außerdem vor, dass jedes Amt 10% einsparen solle oder dass bei den Ämtern Einsparungsmöglichkeiten abgefragt werden. Zur Verbesserung der Einnahmesituation schlägt er außerdem Grundstücksveräußerungen vor. Herr Lauber gibt zu bedenken, dass Grundstücksveräußerungen in Bezug auf die Liquidität keine Ergebnisverbesserung bringen würden.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, appelliert an das Kulturamt zu überlegen, wie es weitergehe, damit auch in diesem Bereich Einnahmen erzielt werden könnten.

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, stellt den Antrag, die Mittel in Höhe von 170.000 € für das Hilfeleistungsfahrzeug HLF der Feuerwehrabteilung Tiengen zu belassen.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, die Mittel in Höhe von 300.000 € für den Ausbau der Krippe für den Kindergarten Eschbach zu belassen.

Ortsvorsteher Claudio Helling verweist auf einen älteren Beschluss zum Bau einer Rad- und Fußgängerbrücke in Gurtweil und meint, dass diese vor einer Brücke beim Schwimmbad Tiengen gebaut werden müsse, um diese Verbindung, insbesondere für Schüler, wieder herzustellen.

Nach weiterer Erörterung

### **1. Beschluss: (Antrag Stadtrat Walde)**

Der Gemeinderat beschließt, die Mittel in Höhe von 170.000 € für das Hilfeleistungsfahrzeug HLF der Feuerwehrabteilung Tiengen bei den Haushaltssperren herauszunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** Bei 14 Ja-Stimmen und  
1 Nein-Stimme  
mehrheitlich zugestimmt

### **2. Beschluss: (Antrag Stadtrat Dr. Studinger)**

Der Gemeinderat beschließt, die Mittel in Höhe von 300.000 € für den Ausbau der Krippe für den Kindergarten Eschbach bei den Haushaltssperren herauszunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** 22 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

### **3. Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise zur Kenntnis und beschließt die Haushaltssperren im Ergebnishaushalt über Aufwandsansätze in Höhe von 3.630.681,60 Euro und im Finanzhaushalt über Zahlungsansätze in Höhe von 4.749.200,00 Euro, abzüglich der Ansätze für ein HLF in Höhe von 170.000 Euro und für den Ausbau der Krippe für den Kindergarten Eschbach in Höhe von 300.000 Euro.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

#### **b) Erlass Elternbeiträge für Betreuung und Nutzungsgebühren für Sportvereine**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die einzelnen Sitzungsvorlagen.

#### **4. Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Elternbeiträge in den städtischen Einrichtungen für die Monate März zur Hälfte, für April, Mai und Juni vollständig zu erlassen. Hintergrund ist die Entlastung der Familien aufgrund der Corona-Krise. Für die Inanspruchnahme der Notbetreuung und der 50%-Angebote werden anteilig Elternbeiträge entsprechend der Nutzung erhoben.

Zum teilweisen Ausgleich der fehlenden Mittel können aus dem Soforthilfeprogramm des Landes 61.300 Euro auf den Ausfall städtischer Elternbeiträge angerechnet werden.

Die freien Träger der Kindergärten in der Stadt werden ermächtigt, die Elternbeiträge entsprechend auch ihren Eltern zu erlassen. Zum Ausgleich der nicht eingenommenen Elternbeiträge sollen die Abschläge für die vertraglichen Abmangelfinanzierungen angehoben werden. Der Gemeinderat stellt für diesen Zweck überplanmäßig 336.000 Euro zur Verfügung (Kostenstelle 10.10.30.20 / Kostenträger 36.50.01.01 / Sachkonto 4318000). Die Deckung erfolgt mit 85.300 Euro aus dem Soforthilfeprogramm des Landes (10.20.00.10/ 61.10.01.00/ 3131000), der Rest ist ungedeckt.

Sollte das Land beschließen, dass die Elternbeiträge für kommunale und nichtkommunale Einrichtungen voll erstattet werden, wird diese Erstattung an die freien Träger auf Antrag und Nachweis entsprechend der dann geltenden Landesrichtlinien weitergegeben. Der Abmangel reduziert sich damit wieder entsprechend.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

#### **5. Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Elternbeiträge an den städtischen Schulkindbetreuungseinrichtungen für den Monat März zur Hälfte, für April, Mai und Juni vollständig zu erlassen. Hintergrund ist die Entlastung der Familien aufgrund der Corona-Krise. Für die Inanspruchnahme der Notbetreuung außerhalb der eigentlichen Unterrichtszeiten werden anteilig Elternbeiträge entsprechend der Nutzung erhoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

#### **6. Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, zur Unterstützung der Horte in der Corona-Krise, einen Zuschuss zu den ausgefallenen Elternbeiträgen der Horte zu leisten. Die Träger der Horte erhalten zunächst vorläufig 50% der tatsächlichen ausgefallenen Elternbeiträge für den halben Monat März, sowie für die Monate April, Mai und Juni. Im Herbst, wenn alle realen Einnahmen und Ausgaben und eventuelle Unterstützungsleistungen des Bundes und Landes vorliegen, sollen die Horte eine Abrechnung für den Zeitraum März bis Juni einreichen. Die Verwaltung soll dem Gremium berichten und einen Vorschlag einbringen, wie sich die abschließende Ersatzleistung für die ausgefallenen Elternbeiträge der Horte durch die Stadt gestalten soll.

Der Gemeinderat stellt für diesen Zweck überplanmäßig 30.000 Euro ohne Deckung zur Verfügung (Kostenstelle 10.10.30.20 / Kostenträger 36.50.01.01 / Sachkonto 4318000).

Sollte das Land beschließen, dass die Elternbeiträge für Horte teilweise erstattet werden, wird diese Erstattung als Deckung herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

### **c) Verzicht auf Sondernutzungsgebühren**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, stellt klar, dass es beim Antrag seiner Fraktion nicht alleine um einen Erlass der Sondernutzungsgebühren ginge, sondern vielmehr darum, dass die Gastronomie die Möglichkeit bekomme, ihre Flächen für Außenbewirtung zu erweitern. Er stellt den Ergänzungsantrag, dass allen Gastronomen mit Außenbewirtung in Waldshut-Tiengen, einschl. Ortsteile, ermöglicht wird, diese so zu erweitern, dass unter Einhaltung von Rettungswegen und Abständen nach der Corona-Verordnung die maximale Zahl von Sitzplätzen erreicht wird.

Ordnungsamtsleiter Ralph Albrecht weist auf bereits bestehende Möglichkeiten für Erweiterungen hin und erläutert, dass man dort wo dies möglich sei, eine Ausweitung bereits zugelassen habe.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, begrüßt den vorgeschlagenen Erlass der Sondernutzungsgebühren und bittet um Überprüfung, ob man dort wo dies möglich sei, eine Ausweitung auf über 3 m des jeweiligen Nachbargrundstücks zulassen könne.

Stadtrat Jörg Holzbach, FW-Fraktion, weist auf die dringende Notwendigkeit der beantragten Erweiterung für die betroffenen Gastronomiebetriebe hin.

Nach weiterer Erörterung

### **7. Beschluss: (mit Ergänzungsantrag Stadtrat Würtenberger)**

Der Gemeinderat beschließt, Sondernutzungsgebühren für das Jahr 2020, die für die Inanspruchnahme öffentlicher Flächen für Zwecke der Außenbewirtung und der Kleinstwarenauslage entstehen (ca. 18.000 €), nicht zu erheben. Allen Gastronomen mit Außenbewirtung in Waldshut-Tiengen, einschl. Ortsteile, wird ermöglicht, diese so zu erweitern, dass unter Einhaltung von Rettungswegen und Abständen nach der Corona-Verordnung die maximale Zahl von Sitzplätzen erreicht wird.

**Abstimmungsergebnis:**

25 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

## **52.**

### **Freibäder:**

#### **a) Beschluss über Öffnung der Freibäder in der Saison 2020**

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Geschäftsführer Siegfried Pflüger sowie Daniel zur Mühlen und Oliver Schmelz von der Stadtwerke GmbH.

Geschäftsführer Pflüger erläutert die Sitzungsvorlage sowie das im Falle einer Öffnung anzuwendende Betriebskonzept und beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion, regt an, das von Pro Freibad vorgeschlagene Systeme einzuführen, um insgesamt mehr Personen den Zutritt zu den Bädern zu ermöglichen. Außerdem bittet sie darum, auch Personen zu berücksichtigen, die keinen PC oder Handy hätten, um sich vorher Online anmelden zu können; dies betreffe vor allem ältere Personen. Herr Pflüger sagt zu, dass auch eine telefonische oder persönliche Anmeldung möglich sein würde.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, empfiehlt, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass für erkrankte Personen oder solche, die Krankheitssymptome hätten, ein Betretungsverbot bestehe.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass Kontaktbeschränkungen für Familien mit Kindern nicht gelten würden und bittet darum, ein Signal an die

Landesregierung zu senden, diese Regelung auch für den Badebetrieb rechtlich abzusichern und die diesbezüglichen Vorschriften in Einklang zu bringen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Freibäder in Waldshut und Tiengen unter Beibehaltung der Eintrittspreise am 24.06.2020 zu öffnen und das damit verbundene Betriebskonzept umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

24 Ja-Stimmen  
2 Enthaltungen

Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, gibt bekannt, dass die drei Oberbürgermeisterstellvertreter beschlossen hätten, aus ihren Aufwandsentschädigungen für die jeweils ersten 300 Schüler/innen, Jugendlichen und Studenten/Studentinnen die Eintrittspreise in den Freibädern Waldshut und Tiengen zu bezahlen.

Herr Pflüger ergänzt hierzu, dass am Eröffnungstag sowieso freier Eintritt vorgesehen sei.

**b) Beschluss über Verschiebung Sanierung Freibad Waldshut auf 2021**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Adelheid Kummle, FW-Fraktion, schlägt vor, bereits jetzt auszuschreiben, damit die Ausschreibungsergebnisse im Januar bereits vorliegen würden.

Nach weiterer Erörterung

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Ausschreibung der Sanierungsarbeiten für das Freibad Waldshut spätestens Anfang Januar 2021 durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

22 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

**53.**

**Erweiterung Grund- und Werkrealschule Gurtweil:  
Festlegungen zu den Varianten zum Raumprogramm**

Oberbürgermeister Dr. Frank begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Schulleiter Zimmermann von der Grund- und Werkrealschule Gurtweil.

Brigitte Reichmann beantwortet verschiedene Fragen aus dem Gremium.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, möchte wissen, ob verbindlich abgeklärt worden sei, ob die Räume der Alten Schule unter Inklusionsgesichtspunkten nicht doch für eine schulische Nutzung abgesprochen werden könnten. Frau Reichmann antwortet, dass diese Prüfung bisher nur unter dem Gesichtspunkt „Baufälligkeit“ erfolgt sei – sie sagt zu, diesen Gesichtspunkt in das am folgenden Tag stattfindende Gespräch mit dem Regierungspräsidium mitzunehmen.

Nach weiterer Erörterung

### **1. Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zu den aktuellen Eckpunkten des Raumprogramms der Grund- und Werkrealschule zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschließt die Aufnahme der Räumlichkeiten der Alten Schule in die Raumplanung des Erweiterungsbaus. Die Mehrkosten von voraussichtlich 510.000 Euro müssen ohne Zuschussmittel aufgebracht werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 18 Ja-Stimmen und  
1 Nein-Stimme  
mehrheitlich zugestimmt

### **2. Beschluss:**

An der GWRS Gurtweil soll ein warmes Mittagessen angeboten werden. Dafür sollen die Flächen für eine Mensaküche mit Nebenräumen im Raumprogramm des Erweiterungsbaus mitberücksichtigt werden. Dadurch entstehen Mehrkosten von geschätzten 415.000 Euro. Die Schule wird beauftragt, ein pädagogisches Konzept für einen Ganztagsbetrieb in Wahlform zu erstellen, um mögliche Zuschüsse für die Fläche der Mensaküche beantragen zu können. Die Ganztagschule in Wahlform wird dann spätestens zur Inbetriebnahme der Räume beantragt und eingeführt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 15 Ja-Stimmen und  
2 Nein-Stimmen  
mehrheitlich zugestimmt

### **3. Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, dass der Standort Aichen erhalten wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

### **4. Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Aufgabe des Klassenzimmers am Schulstandort Indlekofen durchzuführen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, gibt zu bedenken, dass man aufpassen und prüfen müsse, dass durch diese Beschlüsse keine Zuschüsse, u.a. aus Corona-Hilfsprogrammen, verloren gehen könnten.

## **54.**

### **Förderung der Ärzteversorgung: Übernahme Mietkosten für Arztpraxis**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage und beantwortet verschiedene Fragen aus dem Gremium.

Verschiedene Sprecher/innen möchten ein einheitliches Konzept für die Ärzteversorgung und außerdem eine Gleichbehandlung unter den Ärzten/Ärztinnen.

Auf Anregung von Stadträtin Dr. Uta Blankenhorn-Theiss, CDU-Fraktion, sagt der Oberbürgermeister zu, ggfs. vertraglich zu vereinbaren, dass sich der Arzt verpflichtet, mindestens 5 Jahre in Waldshut-Tiengen zu bleiben.

Stadtrat Waldemar Werner, CDU-Fraktion, regt an, nicht jeden Einzelfall zu entscheiden, sondern einen Beschluss zu fassen, dass künftig jeder Arzt, der sich in Waldshut-Tiengen niederlässt 6.000 € Zuschuss bekommt, wenn er mindestens 5 Jahre bleibt.

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, schlägt als Ergänzung einen Auftrag vor, dass man sich bezüglich Ärzteversorgung Gedanken machen soll. Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass der Wunsch nach einem Konzept angekommen sei, und er die Notwendigkeit für einen solchen Auftrag nicht sehe.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Netto-Mietkosten für die Praxisträume in der Hauptstraße 31 in Höhe von mtl. 1.000,00 Euro als Unterstützung zur Neuansiedlung eines Arztes für die Dauer von sechs Monaten zu übernehmen.

Der Gemeinderat beschließt die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von 6.000,00 Euro auf der Kontierung 57.10.00.00 / 10.20.00.08 / 4318000 (Wirtschaftsförderung) bereitzustellen.

Eine Deckung erfolgt in Höhe von 3.000,00 Euro von der Kontierung 57.10.00.00 / 10.20.00.08 / 4271000 und in Höhe von 3.000,00 Euro von der Kontierung 11.14.00.00 / 10.10.00.02 / 4261000.

**Abstimmungsergebnis:**

20 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

Bürgermeister Baumert übernimmt die Sitzungsleitung.

**55.**

**Neubau Feuerwehrrgerätehaus mit KiTa Waldshut:**

**a) Vergabe Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik**

Bürgermeister Baumert erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle.

Nach weiterer Erörterung

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, das Gewerk MSR Technik (Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik) an der Baumaßnahme Neubau Feuerwehrrgerätehaus und KiTa in Waldshut gemäß dem Vorschlag der Verwaltung an die Firma Sauter Cumulus GmbH, Radolfzell, zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

**b) Bekanntgabe einer Eilentscheidung**

Bürgermeister Baumert berichtet über den aktuellen Stand der Baumaßnahme und erläutert die Gründe für die getroffene Eilentscheidung.

Bürgermeister Baumert stellt fest, dass der Gemeinderat die im Wege der Eilentscheidung getroffene Vergabe der Entsorgung von belastetem Aushubmaterial an die Firma Remex und vom Stand der Baumaßnahme Kenntnis genommen hat.

## 56.

### **Mensa Heinrich-Hansjakob-Schule: Erläuterung Mehrkosten und Bewilligung überplanmäßiger Mittel**

Bürgermeister Baumert erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle. Ergänzend weist er darauf hin, dass diese Kosten auch entstanden wären, wenn sie rechtzeitig eingeplant worden wären.

Nach weiterer Erörterung

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt den Mehrkosten in Höhe von 569.200,00 € zu.

Der Gemeinderat beschließt im Jahr 2019 überplanmäßige Mittel in Höhe von 54.601,63 € für die Investition I192110-06- „Mensa Heinrich-Hansjakob-Schule“ (KTR: 21100100 / KST: 10102001 / SKT: 0960010) bereitzustellen. Deckung erfolgt aus dem allgemeinen Bauunterhalt (KTR: 21100100 / KST: 10102001 / SKT: 4211000).

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters in Höhe von 60.620,36 € vom 04. Juni 2020 für die Investition I192110-06- „Mensa Heinrich-Hansjakob-Schule“ (KTR: 21100100 / KST: 10102001 / SKT: 0960010).

Der Gemeinderat beschließt im Jahr 2020 überplanmäßige Mittel in Höhe von 453.978,01 € für die Investition I192110-06- „Mensa Heinrich-Hansjakob-Schule“ (KTR: 21100100 / KST: 10102001 / SKT: 0960010) ohne Deckung bereitzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** 22 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen

## 57.

### **Sanierung Kornhaus Waldshut: Zustimmung zu Nachtragsarbeiten**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Oberbürgermeister Dr. Frank übernimmt die Sitzungsleitung.

## 58.

### **Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Tätigkeit: Änderung der Entschädigung für Ortsvorsteher/innen.**

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert die Sitzungsvorlage.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die monatliche Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Ortsvorsteher mit Wirkung vom 1. Januar 2020 jeweils auf 65 v. H. des Mindestbetrages der Aufwandsentschädigung eines ehrenamtlichen Bürgermeisters der der Ortschaft entsprechenden Gemeindegrößengruppe festzusetzen, sowie die beigefügte Satzung zur Änderung von § 3 Abs. 2 der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmiger Beschluss

59.

## **Spenden**

Oberbürgermeister Dr. Frank verliest eine Spende gemäß beigefügter Zusammenstellung.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spende.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

60.

## **Bekanntgaben**

### **Verlagerung bestehender Umspannwerke „Gurtweil“ und „Tiengen“**

Bürgermeister Baumert informiert den Gemeinderat über die gemeinsame Rückmeldung der Netzbetreiber zur Machbarkeitsstudie Verlagerung bestehender Umspannwerke „Gurtweil“ und „Tiengen“ gemäß beigefügter Vorlage.

61.

## **Verschiedenes**

### **Jahresauftrag Straßen- und Kanalarbeiten**

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, nimmt Bezug auf den im Bau- und Umweltausschuss vergebenen Jahresauftrag für Straßen- und Kanalarbeiten und möchte anstelle der im Angebotsspiegel genannten Zahlen für Abgebot bzw. Aufgebot den Angebotspreis wissen.

Bürgermeister Baumert antwortet, dass es sich um eine Gesamtsumme von rd. 150.000 € handle.

### **Abstellplätze für E-Bikes**

Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass es im Stadtgebiet zu wenige Abstellplätze gebe, wo man E-Bikes fest anschließen bzw. anketten könne. Bürgermeister Baumert sagt eine Überprüfung zu.

### **Zustand Eichholzstraße**

Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion, weist auf den desolaten Zustand eines Teils der Eichholzstraße hin; das Befahren sei in diesem Bereich sehr gefährlich, insb. wegen teils unzureichender Randbefestigungen. Bürgermeister Baumert sagt eine Überprüfung zu.

### **Bebauung Innenbereich Bergstadt**

Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion, erkundigt sich nach dem Sachstand „Bebauung Innenbereich Bergstadt“, insb. Ladenlokal .

Bürgermeister Baumert antwortet, dass seit Kurzem die Unterlagen des Investors vorliegen und diese derzeit geprüft würden; er sagt eine Berichterstattung zu.

### **Kolpingbrücke Waldshut**

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, bemängelt, dass trotz Fertigstellung der Kolpingbrücke an der Abfahrt in Richtung Westen immer noch ein Bauzaun stehe, der unschön aussehe. Bürgermeister Baumert sagt eine Überprüfung zu.

### **Erreichbarkeit der Stadt**

Stadtrat Jörg Holzbach, FW-Fraktion, äußert, dass die Erreichbarkeit der Stadt trotz Fertigstellung der Kolpingbrücke immer noch unzureichend sei; als Problempunkt sehe er den Zollhof.

Oberbürgermeister Dr. Frank antwortet, dass in der vergangenen Woche eine A98-Konferenz per Video stattgefunden habe und er das Protokoll hierüber kürzlich erhalten hätte.

### **Schulmensen**

Stadtrat Jörg Holzbach, FW-Fraktion, regt an, für sämtliche Schulen der Stadt den Betrieb einer zentralen Mensa zu überlegen und dies mit den Betreibern zu besprechen.

Oberbürgermeister Dr. Frank erklärt sich bereit, diese Anregung weiterzugeben und sagt eine Berichterstattung zu.

### **Verlegung Glasfaserkabel**

Stadtrat Maximilian Wagner, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass bei der kürzlich erfolgten Verlegung von Glasfaserkabel einige Straßen aufgefräst und nur notdürftig geflickt worden seien.

Stadtrat Christian Maier, CDU-Fraktion, antwortet, dass seines Wissens an diesen Stellen noch ein Feinbelag aufgebracht werde.

Oberbürgermeister Dr. Frank ergänzt, dass die genannten Arbeiten im Zuständigkeitsbereich des Landkreises liegen würden.

### **Neuer Mitarbeiter Hochbauamt**

Bürgermeister Baumert stellt dem Gemeinderat Herrn Besnik Istrefi als neuen Mitarbeiter beim Hochbauamt vor.

### **Sanierung Stadthalle und Hallenbad Waldshut**

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, erinnert an die Vorlage der Baukostenabrechnung für die Stadthalle Waldshut und Hallenbad.

Bürgermeister Baumert sagt hierzu eine Berichterstattung in der Juli-Sitzung zu.

### **Kosten Tourismuskonzept**

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, nimmt Bezug auf seinen in der letzten Sitzung geäußerten Wunsch nach einer Kostenaufstellung für das Tourismuskonzept und erinnert an den zugesagten Sachstandsbericht.

Oberbürgermeister Dr. Frank sagt den Sachstandsbericht nochmals zu.

gez.

---

Dr. Philipp Frank,  
Oberbürgermeister

gez.

---

Klaus Teufel,  
Protokollführer